

Antrag

der Abgeordneten Günter Nooke, Dr. Norbert Lammert, Ulrich Adam, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Hartmut Büttner (Schönebeck), Dankward Buwitt, Kurt-Dieter Grill, Manfred Grund, Siegfried Helias, Josef Hollerith, Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Paul Krüger, Vera Lengsfeld, Dr. Michael Luther, Hans Michelbach, Christa Reichard (Dresden), Katherina Reiche, Hans-Peter Repnik, Dr. Rupert Scholz, Diethard Schütze (Berlin), Margarete Späte, Michael Stübgen, Edeltraut Töpfer und der Fraktion der CDU/CSU

Gesamtkonzeption für Berliner Gedenkstätten für die Opfer der SED-Diktatur notwendig

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag hat in jahrelangen Debatten und Initiativen verschiedener Fraktionen die große Bedeutung der Aufarbeitung der SED-Diktatur für unsere Demokratie betont, u. a. in zwei Enquete-Kommissionen. Einer der wichtigsten Bestandteile dabei sind die Gedenkstätten für die Opfer der SED-Diktatur: Mauergedenkstätte und Dokumentationszentrum Bernauer Straße, ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen und Zentrale der Staatssicherheit in der Normannenstraße. Ehemalige Macht- und Repressionszentralen der SED in Berlin sind dabei mit dem Regierungsumzug von Bonn nach Berlin weiter an zentrale Stelle gerückt. Das Erinnern an die zweite deutsche Diktatur muss weiterhin fester Bestandteil demokratischer Kultur unseres Landes bleiben.

Für die Mauergedenkstätte und das Dokumentationszentrum Bernauer Straße, die ehemalige Stasi-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen und die Zentrale der Staatssicherheit in der Normannenstraße ist jedoch eine perspektivische Finanzierung nicht gesichert. Derzeit gibt es noch nicht einmal eine gesicherte Finanzierung für notwendige Bau- und Instandhaltungsarbeiten. Obwohl es sich bei der Gedenkstätte und das Dokumentationszentrum in der Bernauer Straße um die zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer der Berliner Mauer handelt, existiert auch dort keine Konzeption für die Finanzierung zum Erhalt und zur Fortführung der Arbeit.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Für die genannten Gedenkstätten muss eine verbindende Gesamtkonzeption einschließlich der notwendigen Finanzierung erarbeitet werden. Die Darstellung der Repressionen gegen die Menschen in der ehemaligen DDR und der enge Zusammenhang zwischen Staatssicherheit und SED müssen als Teile der Geschichte unseres Landes gewahrt und gesichert werden. Diese Gedenkstätten sind Bestandteile einer nationalen Dokumentation über die Entwicklung des Repressionsapparates der SED-Diktatur.
2. Der Deutsche Bundestag bekräftigt sein Interesse am Erhalt der drei Gedenkstätten und an einem überzeugenden Konzept ihrer jeweiligen, aufeinander bezogenen Arbeit. Die notwendigen Bau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen müssen unverzüglich in Angriff genommen werden. Eine Verantwortung des Bundes ergibt sich aus dem gesamtdeutschen Charakter der Aufgaben dieser Gedenkstätten.
3. Der Deutsche Bundestag erwartet bis zum 31. Mai 2001 eine mit dem Land Berlin abgestimmte Gesamtkonzeption der Bundesregierung über die inhaltliche Verbindung der Gedenkstätten Bernauer Straße mit Dokumentationszentrum Berliner Mauer, Hohenschönhausen und Normannenstraße, die noch zu finanzierenden Investitionskosten sowie die mittel- und langfristigen Aufwendungen für die Arbeit aller drei Institutionen.

Berlin, den 14. November 2000

Günter Nooke
Dr. Norbert Lammert
Ulrich Adam
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Hartmut Büttner (Schönebeck)
Dankward Buwitt
Kurt-Dieter Grill
Manfred Grund
Siegfried Helias
Josef Hollerith
Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Paul Krüger
Vera Lengsfeld
Dr. Michael Luther
Hans Michelbach
Christa Reichard (Dresden)
Katherina Reiche
Hans-Peter Reppnik
Dr. Rupert Scholz
Diethard Schütze (Berlin)
Margarete Späte
Michael Stübgen
Edeltraut Töpfer
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion